

Projekt	VgV-Verfahren – Tragwerksplanung »Neubau EUREGIO Geschäftsstelle« in Gronau
Auslober	Stadt Gronau (Westfalen)

TEILNAHMEANTRAG / BEWERBUNGSFORMULAR

Einreichungsfrist	05.06.2026, 10:00 Uhr Die Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch in Textform über das Bietertool auf dem Deutschen Vergabeportal (https://dtvp.de) einzureichen. Teilnahmeanträge, die per Post, E-Mail, Fax oder über den Kommunikationsraum als Nachricht auf dem Vergabemarktplatz eingereicht werden, werden nicht berücksichtigt.
-------------------	---

Hinweise für Bewerber*innen:

Angebot bitte vollständig ausfüllen bzw. Zutreffendes ankreuzen.

Das Angebot ist in Textform über das Vergabeportal einzureichen. Angaben im Antrag sowie das Ankreuzen der vorgesehenen Felder sind rechtsverbindliche Erklärungen des Bewerbers/der Bewerberin bzw. der Bewerbungsgemeinschaft.

Zutreffende Anlagen sind dem Angebot vollständig ausgefüllt anzufügen.

Deckblatt

Angaben zum Bewerbenden bzw. zum Unternehmen

Büro- / Firmenname	
Rechtsform	
Ansprechpartner*in	
Anschrift (Straße / PLZ / Ort)	
Telefon	
E-Mail	
Web	

Allgemeine Angaben (für statistische Zwecke)	
Handelt es sich bei dem Bewerbenden um ein Kleinstunternehmen, ein kleines Unternehmen, ein mittleres Unternehmen* oder ein Großunternehmen?	<input type="checkbox"/> Kleinstunternehmen <input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen <input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen <input type="checkbox"/> Großunternehmen

***Kleinstunternehmen:** Unternehmen die bis 9 Beschäftigte und bis 2 Millionen Umsatz

Kleines Unternehmen: Unternehmen bis 49 Beschäftigte und bis 10 Millionen Umsatz und kein Kleinstunternehmen

Mittlere Unternehmen: Unternehmen bis 249 Beschäftigte und bis 50 Millionen Umsatz und kein Kleines oder Kleinstunternehmen.

Großunternehmen: Unternehmen über 249 Beschäftigte und über 50 Millionen Umsatz.

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer*	Nummer: Art:
---	-----------------

*Für Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts-Identifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister. Nur bei natürlichen Personen kann zum Schutz personenbezogener Daten »keine Angabe« eingetragen werden.

Nationalität der Eigentümerin/des Eigentümers*	Das Unternehmen ist börsenorientiert: Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, Angabe der Staatsangehörigkeit:
---	---

*Die Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens ist verpflichtend, wenn das beauftragte Unternehmen nicht börsennotiert ist. Die Staatsangehörigkeit (bzw. Staatsangehörigkeiten) des (der) wirtschaftlichen Eigentümer(s), laut Eintrag in dem (den) gemäß den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche eingerichteten Register(n). Wenn kein entsprechendes Register vorhanden ist (z.B. bei Nicht-EU-Auftragnehmer*innen), Informationen aus anderen Quellen.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB gilt die Eigenerklärung als unterschrieben.
--

CHECKLISTE

Bitte reichen Sie Ihre Unterlagen folgendermaßen strukturiert ein:

Deckblatt	mit Angaben zum Bewerbenden	<input type="checkbox"/> anbei
Teilnahmeantrag		<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 1	Erklärung zu Interessen und Beteiligungen	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 2	Erklärung Zusammenarbeit mit Anderen	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 3 (3a und 3b)	Erklärung Unterauftragnehmen	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 4	Mitglieder der Bietergemeinschaft	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 5 (5a, 5b)	Erklärung Zuverlässigkeit	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 6	Nachweis Berufshaftpflichtversicherung	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 7	Nachweis Umsatz	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 8	Nachweis Bürogröße	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 9	Befähigungsnachweise	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 10	Referenz	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 11	Referenzformblatt	<input type="checkbox"/> anbei
Anlage 12	Eigenerklärung EU-Sanktionen	<input type="checkbox"/> anbei

TEILNAHMEANTRAG

Teilnahmeantrag für die Teilnahme am o.g. Vergabeverfahren nach VgV und Einwilligungserklärung Datenschutz

Wir bewerben uns hiermit um die Teilnahme am Vergabeverfahren und bestätigen hiermit,

- dass alle nachfolgenden Angaben der Richtigkeit entsprechen;
- dass sich kein weiteres Mitglied der Bürogemeinschaft (Partner*in, freie Mitarbeitende, Angestellte) bewirbt. Wir akzeptieren, dass Verstöße hiergegen zum nachträglichen Ausschluss der Bewerbungen führen;

Die Unterzeichnenden sind sich bewusst und erklären sich damit einverstanden, dass die Stadt Gronau (Westfalen) die im Bewerberbogen angegebenen Daten sowie die Daten in den Unterlagen, mit denen die im Bewerberbogen enthaltenen Informationen belegt werden, zum Zwecke dieses Vergabeverfahrens entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verarbeitet. Dies schließt ausdrücklich die Weitergabe dieser Daten an Beauftragte und zur Verschwiegenheit verpflichtete Dritte zum Zweck der Durchführung des Vergabeverfahrens (z.B. zur Auswertung der Teilnahmeanträge) ein. Sofern der ausgefüllte Bewerberbogen und/oder die Unterlagen personenbezogene Daten von Beschäftigten oder Dritten enthalten, ist sichergestellt und auf Anfrage nachzuweisen, dass eine Übermittlung im Rahmen des Teilnahmeantrags zulässig ist. Die Hinweise zum Datenschutz haben wir zur Kenntnis genommen und, sofern erforderlich, den im Teilnahmeantrag genannten Personen zur Kenntnis gegeben.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB gelten der Teilnahmeantrag und alle damit eingereichten Unterlagen (außer Anlage 3; Dritterklärungen) als unterschrieben.

ANLAGE 1

Erklärung zu Interessen und Beteiligungen

Hiermit erklären wir, dass

unsere Unabhängigkeit (auch als verbundenes Unternehmen) von Ausführungs- und Lieferinteressen gegeben ist.

☐ trifft für uns zu.

ODER

☐ **wir mit folgenden Unternehmen auf folgende Art wirtschaftlich verknüpft sind** (z.B. in Form einer Beteiligung):

☐ **wir** (auch als verbundenes Unternehmen) **mit folgenden Arbeiten für dieses Projekt bereits beauftragt sind** (Beispielsweise: Beratung für Dritte wie Nutzende, Projektsteuerung, Qualitätsüberwachung, Bauausführung, auch als Generalunternehmen):

☐ **wir** (auch als verbundenes Unternehmen) **uns für folgende Aufträge bei diesem Projekt ebenfalls bewerben möchten** (Beispielsweise: Beratung für Dritte wie Nutzende, Projektsteuerung, Qualitätsüberwachung, Bauausführung, auch als Generalunternehmen):

ANLAGE 2

Erklärung zur Zusammenarbeit mit Anderen

- bezogen auf den ausgeschriebenen Auftrag -

Hiermit erklären wir, dass wir:

☐ auf den Auftrag bezogen nicht in relevanter Weise mit Anderen zusammenarbeiten werden.

☐ mit folgenden Unternehmen auf den Auftrag bezogen zusammenarbeiten werden:

1. Unterauftragsnehmen, deren Nachweise zu Referenzen berücksichtigt werden:

Firmenname:

**Diese Unterauftragsnehmen müssen die Erklärung
Unterauftragsnehmen ausfüllen (Anlage 3).**

2. Weitere Leistungen des Unterauftragsnehmen:
Der/die Bewerber*in muss mit der ersten Angebotsabgabe nachweisen, dass ihm die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen)

☐ dass wir ihm Auftragsfall eine Bietergemeinschaft aus folgenden Mitgliedern bilden (vollständige Aufzählung)

- Mitglied der Bietergemeinschaft:
- Mitglied der Bietergemeinschaft:
- Mitglied der Bietergemeinschaft:
- Mitglied der Bietergemeinschaft:

und Herr/Frau _____

der/die für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertretung ist und die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt.

ANLAGE 3a

(nur für Unterauftragsnehmen erforderlich)

Erklärung Unterauftragsnehmen

Name des Unterauftragsnehmen	
Rechtsform	
Ansprechpartner*in	
Anschrift (Straße/PLZ/Ort)	
Telefon	
Fax	
E-Mail	
Leistungsbilder die im Auftragsfall erbracht werden sollen	
Name des/der verantwortlichen Ingenieur*in	

Hiermit erklären wir, dass wir als Unterauftragsnehmen für die o.g. Leistungen zur Verfügung stehen und dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzliche Vertretung keine vergaberechtlichen Ausschlusskriterien (insbesondere keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 oder fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) bestehen.

, den
(Ort, Datum)

Unterschrift / Bürostempel

Nur für Unterauftragsnehmen; bitte unterschreiben.

ANLAGE 4

(nur für Mitglieder der Bewerbergemeinschaft erforderlich)

Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

☐ Mitglied der Bewerbergemeinschaft

Büroname	
Funktion im Verfahren / Fachgebiet	
Ansprechpartner*in	
Anschrift	
Telefon	
E-Mail	

, den
(Ort, Datum)

Unterschrift / Bürostempel

Diese Verpflichtungserklärung ist je Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen und dem Angebot beizufügen. Muss nicht von der bevollmächtigten Vertretung ausgefüllt werden.

ANLAGE 5a

Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusskriterien gemäß § 123 GWB

1. Ich/Wir erkläre/n, dass
 - keine Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
 1. § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuches (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder on ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335 a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 10. Den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
 - mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und diesbezüglich keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung vorliegt bzw. mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass ich/wir mich/uns zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen Säumnis- und Strafzuschläge verpflichtet habe(n).
2. Ich/wir erkläre(n), dass mein/unser Unternehmen nicht

- bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird.
3. Mir/Uns ist bekannt, dass seitens der Vergabestelle noch keine Informationen hinsichtlich etwaiger früherer Ausschlüsse meines/unseres Unternehmens von Vergabeverfahren oder Verfehlungen, die zu Eintragungen in das Vergaberegister des Landes NRW führen können, eingeholt wurden.

Ich/Wir versichere/versichern hiermit, dass keine Verfehlungen vorliegen, die meinen/unseren Ausschluss von der Teilnahme am Wettbewerb rechtfertigen könnten oder zu einem Eintrag in das Vergaberegister⁴ führen könnten.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung zu 3. Zu meinem/unserem Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister nach sich ziehen kann.

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung zusammen mit dem Antrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese vom Bewerbenden bzw. Bieter*in unterschrieben.

Hinweis:

Sofern Sie sich in einer der vorgenannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes dieser nicht zur Anwendung kommt. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden oder Sie die Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet haben. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung der Bewerbung bzw. dem Angebot beizufügen.

ANLAGE 5b

1. Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlusskriterien gemäß § 124 GWB

Ich/Wir erkläre/n, dass keine der folgenden Ausschlussgründe nach § 124 GWB bestehen*.

§ 124 GWB

Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
 9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

- c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung kann zum Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister nach sich ziehen.

***Sofern Ausschlussgründe bestehen, streichen Sie bitte den entsprechenden Punkt in der Erklärung deutlich sichtbar, stellen Sie die Ausschlussgründe auf einem separaten Blatt dar und beschreiben Sie die getroffenen Maßnahmen, z.B. zur Selbstreinigung. Wir bitten Sie, aus Gründen des Datenschutzes, auf eine Namenangabe zu verzichten und stattdessen die Position im Unternehmen zu benennen.**

Mit der Abgabe dieser Eigenerklärung zusammen mit dem Antrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese vom Bewerbenden bzw. Bieter*in unterschrieben.

ANLAGE 6

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit den Deckungssummen (je Versicherungsfall):

- über mindestens 2 Mio. € für Personenschäden und 2 Mio. € für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden). Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr betragen; eine projektbezogene Aufstockung im Auftragsfall wird akzeptiert, ist jedoch mittels einer Eigenerklärung mit den Bewerbungsunterlagen nachzuweisen
- Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (d.h. ohne Unterscheidung nach Personen-, Sach- und Vermögensschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, aus der hervorgeht, dass alle Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den jeweils geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Bei Bewerbungsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für jedes Mitglied in gleicher Höhe nachgewiesen werden.

Erklärung, auf welche Art der Nachweis erbracht wird:

- ☐ Nachweis durch verbindliche Deckungsbestätigung liegt diesem Antrag bei
- ☐ Erklärung über den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall liegt dem Antrag bei

Bitte je Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft ein separater Nachweis ausfüllen.

- bitte Anlage 6 als Folgeseite/n einfügen -

ANLAGE 7

Nachweis der Eignung - Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Eigenerklärung über den Gesamtumsatz der vorgesehenen Niederlassung des Bewerbenden/der Bewerbergemeinschaft in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2022, 2023, 2024). Bei Bewerbergemeinschaften werden die Beträge addiert.

Umsatz (Honorar) netto in Euro der letzten drei Geschäftsjahre	2022	2023	2024
Name des Büros 1			
Name des Büros 2			
Name des Büros 3			
Summe des Bewerbenden / der Bewerbergemeinschaft			

ANLAGE 8

Nachweis der Eignung - Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Eigenerklärung über die durchschnittliche Bürogröße der vorgesehenen Niederlassung 2022, 2023 und 2024 in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Gewertet werden ausschließlich fest angestellte Mitarbeitende.

Gewertet werden Mitarbeitende mit einer Arbeitszeit von mind. 35 Wochenstunden. Mitarbeitende zwischen 20 und 35 Wochenstunden werden anteilig bewertet (z.B. Mitarbeitende mit 20 Wochenstunden = 0,57 und Mitarbeitende mit 30 Wochenstunden 0,86).

Bei Bewerbergemeinschaften wird die jeweilige Anzahl addiert.

Anzahl der Berufsträger (Ingenieure, Beratende Ingenieure Bachelor/Master) als Inhaber oder fest angestellte Mitarbeiter) in den letzten drei Jahren	2022	2023	2024
Name des Büros 1			
Name des Büros 2			
Name des Büros 3			
Summe des Bewerbenden / der Bewerbergemeinschaft			

ANLAGE 9

Befähigungsnachweis

- **Ingenieur*in und/oder Beratende/r Ingenieur*in der Tragwerksplanung**

Befähigungsnachweis(e) oder Eigenerklärung der vorgesehenen Entwurfsverfasser*in (z. B. Diplomurkunde oder Mitgliedschaft in einer Ingenieurkammer in Deutschland oder in einer Ingenieurkammer im Zulassungsgebiet) (z.B. durch Kopie der letzten Beitragsrechnung)), die Berufsbezeichnung **Ingenieur*in und/oder Beratende/r Ingenieur*in der Tragwerksplanung** zu tragen oder in Deutschland unter dieser Bezeichnung tätig zu werden.

Es ist ein Befähigungsnachweis vorzulegen für:

- Ingenieur*in und/oder Beratende/r Ingenieur*in der Tragwerksplanung

Ein Nachweis bzw. eine Eigenerklärung je Einzelbewerber/in bzw. je Mitglied einer Bietergemeinschaft ist ausreichend (von Nachunternehmen nicht vorzulegen).

- bitte Anlage 9 als Folgeseite/n einfügen -

ANLAGE 10

Referenz

Gewertet wird eine Referenz, bei der vergleichbare Leistungen in den letzten 5 Jahren erbracht wurden, (Angaben bitte lt. Rechnung, sofern diese noch nicht vorliegt, lt. Vertrag).

Mindestanforderung Referenz – Fachplanung Tragwerksplanung damit die Eignung zuerkannt werden kann:

- a. Abschluss der letzten erbrachten Leistungsphase in den letzten fünf Jahren (03/2021 bis Bewerbungsfrist)
 - **Ausfüllen des Referenzformblattes (Anlage 11)**

Referenzformblatt – Fachplanung Tragwerksplanung

Projektbezeichnung, Ort	
Auftraggeber*in	Name: Ansprechpartner*in: Tel.: <input type="checkbox"/> Öffentlicher Auftraggeber*in <input type="checkbox"/> privater Auftraggeber*in
Auftragnehmer*in (bei Bewerbergemeinschaften das / die Unternehmen, das/die Leistung erbracht hat/haben)	
Mindestkriterien Referenz	
Leistungszeitraum (Abschluss der letzten erbrachten Leistungsphase in den letzten 5 Jahren – 05/2021 bis Bewerbungsfrist)	Leistungsende
Wertungskriterien Referenz	
Vergleichbarkeit zur Bauaufgabe	<input type="checkbox"/> HZ I <input type="checkbox"/> HZ II <input type="checkbox"/> HZ III <input type="checkbox"/> HZ IV <input type="checkbox"/> HZ V
Erbrachte Leistungsphasen	<input type="checkbox"/> LPH 1 <input type="checkbox"/> LPH 2 <input type="checkbox"/> LPH 3 <input type="checkbox"/> LPH 4 <input type="checkbox"/> LPH 5 <input type="checkbox"/> LPH 6
Projektgröße BGF in m ²	m ² Bruttogrundfläche
Baukosten nach DIN 276 (55% 300er und 10% 400er) in Euro netto i.S. HOAI 2021 § 52)	€ netto

ANLAGE 11

Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 3 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022

VHB NRW 04/2022

Formular 523 EU Eigenerklärung Sanktionspaket 5 EU

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu nachfolgend aufgeführten Personen, Organisationen oder Einrichtungen zählen
 - russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
 - juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
 - natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln.
2. Ich/wir erkläre(n), dass am Auftrag keine Unternehmen im Sinne der Nr. 1 als Unterauftragnehmer, Eignungsleiher oder Lieferanten beteiligt sind (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf die Unternehmen entfallen).

Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über das Bietertool des Vergabemarkplatzes NRW zusammen mit dem Teilnahmeantrag, der Interessenbestätigung oder dem Angebot gilt diese als vom Bewerbenden bzw. Bietenden unterschrieben. Auf das Formular 312/322 EU wird hingewiesen.

Bei der Abgabe des Teilnahmeantrages, der Interessenbestätigung oder dem Angebot durch eine Bewerber-/Bietergemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:

Name der Mitglieder der Bewerber-/Bietergemeinschaft:

— _____

Name des Unternehmens

— _____

Name des Unternehmens

— _____

Name des Unternehmens

— _____

Name des Unternehmens

— _____

Name des Unternehmens

ⁱ Artikel 5k der VO (EU) 2022/576 lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienstellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“